Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 75 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8,** bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 35. **Montag** 4. Februar 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Im 21. Wahlkreise, Fürstentum Schaumburg-Lippe ist Brunstermann (Kpt.) mit 5049 Stimmen gewählt worden. Klingenhagen (Soz.) erhielt 2285 Stimmen.

* Im Hippodrom in Frankfurt a. M. hielt Kolonialdirektor Dernburg gestern auf Ersuchen der Handelskammer einen Vortrag über „Koloniale Finanzpolitik". (S. d. bes. Artikel u. Letzte Dep.)

* Ein Artikel der „Nordd. Allgem. Z." warnt das bayerische Zentrum vor einer Unterstützung der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen. (S. D. R.)

* An maßgebender Londoner Stelle wird mit Entschiedenheit die Meldung dementiert, König Eduard wolle mit seiner Reise nach Frankreich gegen die Politik des Deutschen Kaisers Einspruch erheben, von dem behauptet wird, daß er vor einiger Zeit versucht habe, sich in die französische Kirchenpolitik zu mischen, indem er den Papst veranlaßte, Widerstand zu leisten gegen die antiklerikale Politik Frankreichs. (S. a. Letzte Dep.)

* Aus London wird gemeldet, die englische Regierung habe bereits die Hoffnung aufgegeben, daß die Abrüstungsfrage dem Programm der nächsten Haager Konferenz einverleibt würde. Im Zusammenhange hiermit meldet eine weitere offiziöse Nachricht aus London, daß man in diplomatischen Kreisen glaubt, die Bemühungen des Friedensapostels Stead, die Zustimmung anderer Nationen für seine Abrüstungspläne zu gewinnen, würden ergebnislos bleiben.

* Aus Koburg wird depeschiert: Die Großfürstin Kyrill von Rußland ist gestern von einer Prinzessin entbunden worden.

* Die Wahlmänner für die spanischen Cortes werden am 3. März gewählt.

Am Vorabend der Entscheidung.

Nur noch ein Tag trennt uns von der letzten Entscheidung in der Reichstagswahl. Der 5. Februar ist dazu bestimmt, das Werk zu vollenden, das am 25. Januar begonnen hat, den Wiederaufbau des deutschen Reichstages nach seiner Auflösung am 13. Dezember. Noch einmal ringen die Geister in dem Kampf, der seit Wochen Deutschland durchgeht — dann ist das Schicksal des deutschen Parlaments für fünf lange Jahre besiegelt. Nur hier und da wird eine Nachwahl oder eine Neuwahl revidieren und vielleicht reparieren, was morgen in letzter Vollendung aufgebaut wird. Die Grundfesten bleiben dieselben, der Stil, in dem das neue Gebäude aufgeführt wird, ändert sich dann nicht mehr. Der Geist, den wir morgen dem neuen Reichstag aufzwingen, wird ihn beherrschen.

In Erinnerung an den 25. Januar möchte uns da gar leicht freudige Siegeszuversicht erfüllen. Was uns in diesem Kampf der Geister hineintrieb, die Pflicht des Tages, dem deutschen Volk eine parlamentarische Vertretung zu verschaffen, die in ihrer Mehrheit des Vaterlandes Ehre, Macht und Ansehen über alle anderen politischen und wirtschaftlichen Interessen stellt, eine Mehrheit, die nicht in der Entscheidungsstunde zur Freude der Feinde des Vaterlandes, zum Spott und Hohn des Auslandes versagt, — diese Pflicht ist zu einem großen Teile am 25. Januar erfüllt worden. Der Kampfruf, mit dem wir in die Wahlschlacht zogen „Deutschland über alles" wurde zum Siegeslied. Nicht zum wenigsten in Sachsen. Des freuen wir uns. Darauf sind wir stolz.

Aber wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Siegesgefühle sind leicht die sichersten Vorboten der Niederlage. Es liegt nur zu sehr in der menschlichen Natur begründet, daß auf eine große Anspannung eine um so größere Ermattung folgt. Tausende, die begeistert am 25. Januar zur Wahlurne zogen, können nur allzu leicht am 5. Februar vergessen, daß es an jedem einzelnen Teil dieser Masse liegt, ob das begonnene Siegeswerk nun auch vollendet, oder ob es in letzter Stunde noch verdorben oder doch aufs härteste geschädigt wird. Dazu kommt das andere, daß der Gegner wohl geschlagen, aber nicht vernichtet ist. Er hat es an sich selbst erfahren, wie bitter sich vorzeitige Siegesfreude rächt. Wie jubelte die Sozialdemokratie, als die Reichstagsauflösung kam! Die Regierung schien ihr mit Blindheit geschlagen, daß sie es wagte, das Volk an die Wahlurne zu rufen. Sie sah sich schon als stärkste Partei im Reichstag. Sie triumphierte schon über die „Hungerwahlen", die ihr die reiche Ernte bringen sollten. Sie glaubte schon der bürgerlichen Gesellschaft den Frieden nach gewonnener Schlacht diktieren zu können.

Hüten wir uns, daß uns nicht morgen die gleiche Enttäuschung zuteil wird, die die Sozialdemokratie am 25. Januar erfahren hat!

Die Sozialdemokratie hat sich in den 10 Tagen, die seit ihrer ersten Niederlage verflossen sind, mit gewaltiger Energie aufgerafft. Sie sieht der Wirklichkeit fest und zielbewußt ins Auge. Sie kämpft darum, ob sie im Reichstag noch zu den großen Parteien gehören kann oder ob sie auf die mittlere Fraktionsstärke zurücksinkt. Und damit kämpft sie zugleich um die Massen, die ihr bisher gefolgt sind, weil sie eine an Einfluß wachsende Partei schien. Sie weiß, daß die Massen ihr nur so lange gehören, als dieser Glaube an die Zukunft der Sozialdemokratie besteht. In demselben Maße, in dem dieser Glaube mit Abnahme der sozialdemokratischen Fraktionsstärke schwindet — geht auch die faszinierende Wirkung der roten Partei auf diese Massen verloren. Und darum ist es nicht zu viel gesagt, wenn man in diesem Sinn von einem Kampf der Sozialdemokratie um ihre Existenz redet, der morgen ausgefochten wird.

Wir stehen in Sachsen nirgends praktisch vor der Frage, ob die Sozialdemokratie oder das Zentrum das größere Uebel für eine nationale Politik ist. Wir haben direkt nur mit der roten Gefahr zu tun. Sie hat uns im Jahre 1903 übermannt. Die Scharte ist ausgewetzt. Aber nur zu einem Teil. Noch kann in acht Wahlkreisen der Sieg an die rote Fahne geheftet werden. Stichwahlen sind so unsicher, daß auch der scheinbar sicherste Wahlkreis verloren gehen kann, wenn man der Gefahr nicht voll ins Gesicht sieht und nicht mit Anspannung aller Kräfte bis zur letzten Stunde ringt.

Wir haben es mit einem Gegner zu tun, der weiß, um was es sich handelt, der mit dem Mut der Verzweiflung kämpft. Die Mittel der Verdächtigung, der Verleumdung, der Lüge und des Trugs hat er in diesen 10 Tagen seit der Hauptwahl reichlich genug angewendet, um die Gefahr für seine Niederlage zu verdecken, um die ihm verloren gegangenen Massen von neuem zu betören, um neue Hilfskräfte herbeizuziehen. Dieser Gegner ist heute, wo er aus trügerischem Siegestaumel erwacht und in bitterer Ernüchterung zu neuer Kraft gekommen ist, viel gefährlicher als am 25. Januar, als er noch an seine Unbezwingtlichkeit glaubte! Das ist die ernste Lage, vor der wir stehen. Da hilft nur eins — ein neuer Schlag mit gleicher, nein, mit noch größerer Wucht als am 25. Januar. Da tut bitter not volle Nüchternheit in Beurteilung der vorhandenen Gefahr. Das Siegesgefühl von der Hauptwahl her darf uns nur anspornen. Nicht erlahmen lassen. Nicht meinen lassen, als dürfte auch nur einer zurückbleiben, der damals an der Wahlurne seinen Mann gestanden hat. Es ist noch nichts gewonnen, wenn morgen die Schlacht verloren wird. Eine Niederlage am Stichwahltage würde die Erfolge vom 25. Januar wie lebensunfähige Eintagsfliegen erscheinen lassen. Eine morgen siegreiche Sozialdemokratie würde in Sachsen das stolze Gefühl wieder verringern, daß wir uns von dem Schmähwort des roten Königreichs befreit haben.

Mag es den bei der Hauptwahl in den einzelnen Wahlkreisen unterlegenen Parteien schwer werden, jetzt dem damals befehdeten Gegner Hilfsdienste zu leisten — der nationale Sinn ist erst dann etwas wert, wenn er auch schwere Opfer bringt. Und erleichtert werden diese Opfer noch dadurch, daß alle bürgerlichen Parteien Sachsens, die morgen Hilfsdienste leisten sollen, zugleich doch in anderen Wahlkreisen solche von den bisherigen bürgerlichen Gegnern geleistet erhalten. Dieser Ausgleich muß es auch dem eingeschworenen Parteimann zur leichten Pflicht machen, den gemeinsamen Gegner niederzuzwingen. Und so soll es geschehen. Hinein noch einmal in den großen Kampf. Mit frohem Siegesmut. Mit voller Kraft. Dann vollendet der 5. Februar in Wahrheit, was in Sachsen der 25. Januar begonnen hat.

Glück auf! —

Die Stichwahlen am 2. Februar.

Soweit sich aus den vorläufigen Meldungen über die Stichwahlergebnisse in den 11 Wahlkreisen Memel-Heydekrug, Ottensen-Pinneberg, Randow-Greifenhagen, Holzminden-Gandersheim, Neustrelitz, Hagenow-Grevesmühlen, Schwerin-Wismar, Parchim-Ludwigslust, Malchin-Waren, Rostock und Güstrow-Ribnitz ersehen läßt, hat die nationale Sache neue Triumphe gefeiert, indem den Sozialdemokraten wiederum drei Sitze entrissen werden konnten. Es sind dies der 6. schleswig-holsteinische Wahlkreis Ottensen-Pinneberg, wo der bisherige Vertreter v. Elm dem Volksparteiler Carstens weichen mußte, ferner Randow-Greifenhagen (3. Kreis im Reg.-Bez. Stettin), wo der Konservative Freiherr von Steinäcker den früheren Mandatsinhaber, Genossen Körsten, herausgedrängt hat und Rostock (5. mecklenburgischer Kreis), in dem der sozialistische Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, der bisherige Vertreter, seinen Sitz künftig an den Nationalliberalen, Rechtsanwalt Linck, übergeben mußte.

In fünf Wahlkreisen sind die bisherigen Vertreter wiedergewählt worden. So konnte im 3. braunschweigischen Kreise Holzminden-Gandersheim die wirtschaftliche Vereinigung ihrem früheren Kandidaten v. Damm, dem Führer der braunschweigischen Welfenpartei, abermals zum Siege über den Sozialdemokraten Calwer verhelfen, ebenso konnten in Mecklenburg-Schwerin die Konservativen Freiherr von Malzan in Malchin-Waren und v. Treuenfels in Güstrow-Ribnitz ohne große Mühe ihr Mandat gegen die Sozialdemokraten Lorenz und Knappe verteidigen. Auch die Wahlen des freisinnigen Dr. Sachnicke (gegen den Konservativen Dr. Dede) in Parchim-Ludwigslust und des Reichsparteilers Rauck (gegen den Genossen Lüth) in Neustrelitz sind gesichert.

Neue Vertreter werden von drei Wahlkreisen in den neuen Reichstag gesandt. So wird der 1. Königsberger Kreis Memel-Heydekrug in Zukunft nicht mehr durch den Konservativen, Gutsbesitzer Krause, sondern durch den Nationalliberalen, den Geh. Regierungsrat Schwabach aus Berlin, der in der Stichwahl von den Litauern energisch unterstützt wurde, vertreten sein. Im 1. mecklenburgischen Wahlkreise Hagenow-Grevesmühlen hat der Konservative ebenfalls seinen Sitz eingebüßt: hier war es der wildliberale Graf Bothmer, der den früheren Vertreter, Domänenrat Rettich verdrängte, während im 2. mecklenburgischen Wahlkreise, Schwerin-Wismar, der konservative Regierungsrat Dr. Drdscher im Stichwahlkampfe gegen den Sozialdemokraten Starosson siegreich geblieben ist und den bisherigen nationalliberalen Geheimrat Büsing, der leider in der Hauptwahl weniger Stimmen als der Sozialdemokrat erhalten hatte, in Zukunft ersetzen wird.

Das Gesamtergebnis der 11 Stichwahlen vom Sonnabend zeigt also, daß gewählt wurden: 4 Konservative, 2 Nationalliberale, 1 freisinnige Volkspartei, 1 freisinnige Vereinigung, 1 Wildliberaler, 1 Reichspartei, 1 Wirtschaftliche Vereinigung.

Den augenblicklichen Besitzstand der an den vorgestrigen Wahlen beteiligten Parteien im neuen Reichstage, wie er sich unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Hauptwahlen vom 25. Januar und der vorgestrigen Stichwahlen darstellt, zeigt folgende Tabelle:

	Frühe Mandate	Verloren	Gewonnen
die Konservativen	48	5	6
„ Nationalliberalen	21	10	12
„ Freis. Volksp.	8	2	6
„ Freis. Vereinigg.	2	1	—
„ Sozialdemokraten	29	25	1
„ Reichspartei	10	5	2
„ Wirtschaftl. Vgg.	5	—	—
„ Wildliberalen	1	—	1

Dernburg in seiner Vaterstadt.

Frankfurt a. M., 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Hippodrom hielt heute abend auf Ersuchen der Handelskammer Kolonialdirektor Dernburg einen Vortrag über

„Koloniale Finanzpolitik",

in welchem er sagte:

Die vielfachen Beziehungen zur Finanz und die Tatsache, daß Frankfurt der zweitgrößte Börsenplatz des Deutschen Reiches ist, veranlassen mich, hier zu sprechen. Die Entwicklung der Kolonien ist ein kaufmännisches Geschäft, und ein vorsichtiger und voraussichtender Kaufmann will stets wissen, wohin er geht, wenn er auch vielleicht eine oder die andere Ueberlegung umsonst und vergebens anstellt.

Nach der Erwerbung der Philippinen hatten auch die Amerikaner Veranlassung, sich mit den Fragen der kolonialen Politik zu beschäftigen. Dieser Aufgabe unterzog sich eine Vereinigung, welche die besten amerikanischen Fachgelehrten einschließt.

die „American Economic Association",

die zunächst die koloniale Finanzpolitik sämtlicher bis dahin kolonisatorisch tätiger Nationen einschließlich der deutschen untersuchen ließ, und diese Untersuchungen sind veröffentlicht. Als Resultat seiner Studien glaubt das Komitee die folgenden allgemeinen Empfehlungen aussprechen zu dürfen.

1) Die Finanzen jeder Kolonie sollen ausschließlich im Interesse der Kolonie geleitet werden und nicht im Interesse des Mutterlandes.

2) Kein einheitliches System fiskalischer Wirtschaft kann für Kolonien in verschiedenen Teilen der Welt eingerichtet werden.

3) Jede Kolonie soll, soweit irgend möglich, auf ihre eigenen Einnahmen angewiesen werden, aber das Mutterland kann sehr wohl den Kredit der Kolonie unterstützen oder später rückzahlbare Vorschüsse gewähren.

4) Bei unentwickelten Kolonien, deren Einwohner nicht geeignet sind, wichtige öffentliche Einrichtungen, wie Eisenbahnen, Kanäle, Telegraphensysteme zu leiten, ist es wohl richtig, daß diese Anlagen der Regierung gehören sollen und lieber durch Beamte als durch Privatgesellschaften zu verwalten sind.

Ich schiebe hier ein, daß dieser Satz um so merkwürdiger ist, als in Amerika irgendwelches Staatseigentum weder an Bahnen noch an Telegraphen noch an Telephonen besteht und bisher dort auch durchaus perhorresziert worden ist.

5) Die Auswahl der Einnahmequellen soll in jedem Falle festgesetzt werden in Uebereinstimmung mit der ökonomischen und sozialen Lage der Kolonien.

6) Wo die Kolonie so gelegen ist, daß die Entwickelung des Handels mit fremden Ländern den wirtschaftlichen Hauptwert bildet, sollen Einfuhrzölle sehr niedrig sein bzw. nicht erhoben werden.

7) In Kolonien mit unentwickelten Wirtschaftsquellen soll die Hauptstütze für die allgemeinen Regierungseinnahmen ein System indirekter Steuern bilden mit entsprechenden Zöllen auf importierte Artikel, wenn diese den von der indirekten Steuer betroffenen Gegenständen ähnlich sind. Lizenzen sollten zunächst eingeführt werden auf einige Artikel allgemeinen Verbrauchs, wie Alkohol, Opium und Reis. Sofern irgend eine Kolonie ausgesprochene Vorteile in der Erzeugung besonderer Konsumartikel, wie Zucker, Tabak, Hanf usw., besitzt, kann es wünschenswert erscheinen, auch hier Lizenzen oder ähnliche Produktionssteuern aufzuerlegen, es ist selbst eine Frage, ob niedrige Exportzölle auf solche Verbrauchsartikel nicht in Ausnahmefällen angewandt werden sollen.

Hier schiebe ich ein, daß die Konstitution der Vereinigten Staaten solche Ausfuhrzölle für amerikanische Produkte nach anderen Bundesstaaten verbietet, und daß deshalb der Satz besonders bedeutsam ist, trotzdem er aus dem eben erwähnten Grunde mit einer gewissen Zaghaftigkeit vorgebracht wird.

8) Es ist nicht wünschenswert, eine Verzehrsteuer für lokale Zwecke aufzuerlegen. Dazu sollen Grundbesitz, Lizenzen für Geschäfte und ähnliche Spezialsteuern herangezogen werden.

9) Wo immer möglich ist, sollten in der staatlichen Verwaltung Ansässige der Kolonie als Beamte gebraucht werden. Als letzte Instanz müssen die Wünsche des Mutterlandes ausschlaggebend sein.

10) Während der Uebergangszeit sind soweit als möglich die einheimischen Gebräuche beizubehalten, z. B. das System der Verpachtung der Steuern an Unternehmer, insbesondere die Häupter der Eingeborenen, unter den etwa erforderlichen Einschränkungen.

11) Ein Beamtenrecht muß über alle Zweifel hinaus die Tüchtigkeit und die Ehrlichkeit des Personals sicherstellen.

12) Wo eine entsprechende Menge tüchtiger eingeborener Arbeiter nicht vorhanden ist, kann man die Zulassung fremder Arbeiter in Erwägung ziehen. Wenn auch vielleicht hinreichende Gründe vorliegen für den Ausschluß chinesischer Arbeiter aus den Vereinigten Staaten, folgt daraus durchaus noch nicht, daß sie von den Philippinen ausgeschlossen bleiben müssen.

Meine Herren, selbst dieser Satz hat für gewisse beschränkte Bezirke deutscher Kolonien seine Anwendung. Die reichhaltigen Phosphate, die sich z. B. in den Karolinen auf der Insel Nauru vorfinden, können mit den dort ansässigen wenigen eingeborenen Arbeitern nicht gefördert werden, und es ist, da das tropische Klima für europäische Arbeiter nicht geeignet ist, vor wenigen Tagen ein erster Transport von 500 chinesischen Arbeitern dorthin abgegangen. Die obigen Leitsätze enthalten die

Quintessenz der kolonialen Finanzwissenschaft des heutigen Tages.

Zunächst ist hier zu erwägen: Welches ist denn der gegenwärtige Stand der Einnahmen und Ausgaben unserer verschiedenen Kolonien, und wie weit kann man überhaupt von einer selbständigen Finanzwirtschaft sprechen. Hierbei muß zunächst von

Südwestafrika

abgesehen werden, das nach zwei langen Kriegsjahren eine außerordentliche Zerstörung an Leben und Eigentum mit sich gebracht hat. Das Land ist, wenn mineralische Schätze nicht in erheblichem Umfange noch neu erschlossen werden, minder begünstigt. Ein Eden wird dieses Land vielleicht nie werden, aber ein Land, in dem tüchtige Deutsche ein erfreuliches Dasein in größerer Anzahl führen werden, als jetzt angenommen wird. Ich scheide aus den erwähnten Ursachen deshalb Südwestafrika zunächst aus.

Dann aber stellt sich die Frage der

eigenen Einnahmen unserer Schutzgebiete

wie folgt: Ausschließlich Südwestafrika betragen nach dem Etat für das Jahr 1906 die eigenen Einnahmen 10 316 000 Mark, für das Jahr 1907 geschätzt 11 340 000 ℳ, die fortdauernden Ausgaben 19 326 ℳ. An einmaligen Ausgaben sind 2 887 000 ℳ vorgesehen. Die reine Verwaltung unserer sämtlichen Kolonien, ausschließlich der militärischen Ausgaben, betrug im Jahre 1905 8 820 000 ℳ, die reinen Verwaltungseinnahmen 10 920 000 ℳ, d. h. die reinen Einnahmen überstiegen die Verwaltungsausgaben in diesem Jahre bereits um 2,10 Millionen Mark. Vergleicht man dagegen die Ausgaben, einschließlich derjenigen zur Förderung oder Errichtung werbender Anlagen, mit den Gesamteinnahmen, so kommt man in den gleichen Jahren auf ein Defizit von rund 8,8 Millionen.

Von unseren Kolonien ist ganz aktiv Togo, bis auf den Militäraufwand aktiv Kamerun, nahezu aktiv Deutsch-Ostafrika. Wenn man die Formel der Engländer anwenden würde, wonach Ausgaben für werbende Zwecke auf Anleihen der Schutzgebiete übernommen werden, die Militärlasten aber zum größten Teile auf dem Budget des Vaterlandes ruhen, würde ein großer Teil unserer Kolonien einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben zeigen, der zur Verzinsung mäßiger Anleihescheulden verwendbar wäre und eine Selbstverwaltung in beschränktem Umfange rechtfertigen könnte.

Um Ihnen

das englische Schema

zu zeigen, möchte ich Sie auf die Verhältnisse der Kapkolonie hinweisen. Während die Kosten der Verteidigung der Kolonie, welche derselben obliegen, 202 000 Pfund Sterling betrugen = 5 300 000 ℳ, hatte das Reichsbudget für Verteidigung zu tragen 505 000 Pfund Sterling = etwa 10½ Millionen Mark. Ihre werbenden Anlagen deckt die Kapkolonie aus Anleihen, welche ohne Garantie der Heimatsregierung aufgegeben werden. Die Kolonie hatte am 1. Januar 1906 eine öffentliche Schuld von 800 Millionen Mark, einschließlich 100 Millionen Mark Stadtanleihen. Nahezu der ganze Betrag der Anleihe ist für öffentliche Arbeiten aufgegeben, und zwar etwa fünf Achtel für Eisenbahnen. Dieses System angewandt auf Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika würde eine geregelte selbständige Entwicklung dieser Kolonien aus sich selbst heraus bereits heute möglich machen. Um nun aber die kolonialen Budgets sich selbständig entwickeln zu lassen, hat man in England zu dem System der Zuschüsse in runder Summe gegriffen, welche zum Teil rückzahlbar, zum Teil geschenkweise den Kolonien übergeben werden. Etwas Aehnliches hat die Budgetkommission für die Strecke Lüderitzbucht—Keetmanshoop in Anregung gebracht, und es wird vermutlich danach verfahren werden können. Es handelt sich hierbei um ein rückzahlbares Darlehn. Das System, aus Reichsmitteln Eisenbahnen zu bauen, hat England nur in einem Falle, und zwar aus strategischen Gründen, befolgt, nämlich bei der Ugandabahn, welche unter der englischen Staatsschuld mit dem Betrage von 4 798 000 Pfund Sterling figuriert. Hierbei möchte ich noch bemerken, daß auch die Ablösung der Rechte der Royal Niger Company mit etwa 16 Millionen Mark von England auf Anleihen übernommen ist, während die Zahlung, die Deutschland an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und an die Neu-Guinea-Kompagnie mit gegenwärtig noch 1 Million Mark pro Jahr leistet, den Schutzgebieten direkt angelastet wird und von ihnen aufgebracht werden soll.

Das französische Schema

ist, wie folgt:

Die Kolonien genießen eine mäßige Autonomie unter der Bedingung, daß sie für gewisse Ausgaben einstehen. Die Kosten der militärischen Verwaltung liegen zum Teil auf dem Kriegsbudget (für Algier etwa 50 Millionen) oder auf dem Kolonialbudget. Dieses Budget beträgt etwa 70 Millionen Mark. Davon tragen die Kolonien etwa 16 Millionen Francs, **wovon 13 aus Tonking, die übrigen 3 aus dem west-**

SLUB
Wir führen Wissen.